

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Online
Nr. 287

18. Febr. 24
33. Jahrg.

Die Linke

Barnim



Bernau zeigte Haltung

Mehrere hundert Menschen positionierten sich am 17. Februar auf dem Bernauer Marktplatz eindeutig für eine demokratische, bunte und vielfältige Gesellschaft. „Und wir sind die Mehrheit“, hieß es immer wieder von Redner:innen und Demonstrant:innen.

Zuvor hatten bereits etwa 250 Menschen auf dem Bahnhofsvorplatz der Opfer rassistischer Gewalt in Hanau gedacht.

FDP schadet Deutschland

LINKE: Geplantes Lieferkettengesetz sollte nur für Großunternehmen gelten

Seit einem Jahr blockiert die FDP immer wieder EU-Kompromisse: das langfristige Ende von Verbrennungsmotoren, ein EU-Gesetz zur Regulierung künstlicher Intelligenz und in der letzten Woche das so genannte Lieferkettengesetz, das Menschenrechte und Umwelt schützen soll. Die FDP zwingt damit die Bundesregierung regelmäßig zum „German Vote“, das heißt, sie enthält sich in der Abstimmung, weil die Koalition sich nicht auf eine Ansicht einigen kann. „Das Ergebnis ist tatsächlich, dass eine Ampel, in der es auch rot-grüne Politik geben sollte, von einer 4-Prozent-Partei in einer Weise durch die europäische Manege gezogen wird, deren Betrachter Deutschland langsam auf dem Irrweg erleben“, kommentiert

die LINKE im Europaparlament. „Dabei ist die Begründung von Lindner und Buschmann, die Deutschland (neben Italien) zu einer Enthaltung beim EU-Lieferkettengesetz zwingen, komplett verlogen.“ Es kann gar nicht um den Schutz kleinerer Familienunternehmen gehen, was als Begründung herhalten muss. Denn es sei gar kein Mittelstand betroffen, kommentieren die EU-Parlamentarier der LINKEN weiter. Denn das Lieferkettengesetz gelte erst für Unternehmen mit über 500 Mitarbeiter:innen. „Es geht um große Unternehmen mit riesigen Umsätzen und Gewinnen, von denen man erwarten kann und muss, dass ihre Firmenphilosophie auf einem gerechten Welthandel basiert, statt Menschen und Umwelt gnadenlos

auszubeuten...“, so die LINKEN. Helmut Scholz, EU-Abgeordneter aus Brandenburg, sagte dazu im Vorfeld der Abstimmung: „Solche EU-Gesetze wie die ‚Richtlinie über Sorgfaltspflichten in Lieferketten‘ können ein wichtiges Instrument sein, um international tätige Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, um die 17 Nachhaltigkeitsziele, die 2015 von den UNO-Mitgliedsstaaten aufgestellt wurden, umzusetzen. Im Kern geht es darum, Unternehmen entlang der gesamten Liefer- und Produktionskette dazu zu verpflichten, internationale Standards im Bereich der Umweltgesetzgebung, des internationalen Arbeitsrechts entlang aller ILO-Kernarbeitsnormen umzusetzen und damit ihre Produktion endlich umzu-

gestalten, um inhumane und ausbeuterische Arbeitsbedingungen sowie umwelt- und klimaschädliche Praktiken zu verhindern.“

Die Querschüsse der FDP in der EU haben Deutschland als verlässlichen Partner bei gemeinsamen europäischen und global entscheidenden Lösungen inzwischen längst massiv geschadet. Und längst nicht alle Unternehmen sind gegen das Lieferkettengesetz in der europäischen Fassung, das ohnehin im Koalitionsvertrag vereinbart war. Es gibt auch genug Unternehmen, die sich Gewinne vom Lieferkettengesetz erhoffen, darauf verweist DIE LINKE im Europaparlament. Mehr dazu auf:

[https://
www.dielinke-europa.eu/de](https://www.dielinke-europa.eu/de)

nächste Online-Ausgabe am 21. Februar

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Bernimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.